Deutscher Bundestag **Drucksache 16/3902**

16. Wahlperiode 15. 12. 2006

Antwort

der Bundesregierung

auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Cornelia Hirsch, Dr. Petra Sitte, Volker Schneider (Saarbrücken), weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE. – Drucksache 16/3720 –

Entwicklung von Privatschulen

Vorbemerkung der Fragesteller

Artikel 7 Abs. 4 des Grundgesetzes (GG) legt fest: „Das Recht zur Errichtung von privaten Schulen wird gewährleistet. Private Schulen als Ersatz für öffentliche Schulen bedürfen der Genehmigung des Staates und unterstehen den Landesgesetzen. Die Genehmigung ist zu erteilen, wenn die privaten Schulen in ihren Lehrzielen und Einrichtungen sowie in der wissenschaftlichen Ausbildung ihrer Lehrkräfte nicht hinter den öffentlichen Schulen zurückstehen und eine Sonderung der Schüler nach den Besitzverhältnissen der Eltern nicht gefördert wird. Die Genehmigung ist zu versagen, wenn die wirtschaftliche und rechtliche Stellung der Lehrkräfte nicht genügend gesichert ist.“

In den letzten Jahren hat die Bedeutung der Privatschulen in Deutschland kontinuierlich zugenommen. Mittlerweile besuchen rund 7 Prozent der Schülerinnen und Schüler eine nichtstaatliche Einrichtung. Neben gemeinnützigen Schulträgern treten im Privatschulwesen auch verstärkt kommerzielle Schulträger auf. Ein Beispiel ist die Phorms Management AG. Ihr vorrangiges Ziel ist es, durch den Privatschulbetrieb Gewinne zu erwirtschaften.

1. Wie viel Prozent der Schülerinnen und Schüler besuchen in Deutschland eine Privatschule (bitte nach einzelnen Bundesländern und gemeinnützigen bzw. kommerziellen Schulträgern aufschlüsseln)?

Die nachfolgende Tabelle des Statistischen Bundesamtes informiert differenziert nach Bundesländern über den Anteil der Schülerinnen und Schüler an privaten allgemeinbildenden und beruflichen Schulen im Schuljahr 2005/2006. Eine Unterscheidung nach gemeinnützigen bzw. kommerziellen Schulträgern liegt nicht vor.

Die Antwort wurde namens der Bundesregierung mit Schreiben des Bundesministeriums für Bildung und Forschung vom 13. Dezember 2006 übermittelt.

Die Drucksache enthält zusätzlich – in kleinerer Schrifttype – den Fragetext.

Schüler an privaten allgemeinbildenden und beruflichen Schulen 2005/06

hier: Anteil an allen Schüler/innen in öffentlichen und privaten Schulen

Land	Schüler/innen		
	insgesamt	männlich	weiblich
Baden-Württemberg	7,8	6,8	8,8
Bayern	9,8	7,7	12,1
Berlin	6,3	5,9	6,7
Brandenburg	5,1	4,5	5,6
Bremen	6,7	6,8	6,6
Hamburg	7,9	7,7	8,1
Hessen	4,8	4,0	5,8
Mecklenburg-Vorpommern	5,1	4,1	6,2
Niedersachsen	5,2	4,5	6,0
Nordrhein-Westfalen	7,0	5,9	8,2
Rheinland-Pfalz	6,3	4,6	8,1
Saarland	6,9	6,5	7,4
Sachsen	11,4	8,3	14,7
Sachsen-Anhalt	6,4	4,4	8,4
Schleswig-Holstein	3,3	3,2	3,3
Thüringen	7,7	5,8	9,7
Deutschland	7,1	5,9	8,4

Quelle: Statistisches Bundesamt

Die Bundesregierung weist grundsätzlich darauf hin, dass nach dem Grundgesetz die Zuständigkeit für Schulen in öffentlicher und freier Trägerschaft (Privatschulen) allein bei den Ländern liegt. Detaillierte Auskünfte, die über die Zahlen und Angaben des Statistischen Bundesamtes hinausgehen, die hier wie nachfolgend zur teilweisen Beantwortung der Fragen 2 und 4a vorgelegt wurden, können deshalb allein die Länder geben. In Ergänzung dazu sei hier auch auf das vom Sekretariat der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland im Jahr 2006 vorgelegte Dossier „Das Bildungswesen in der Bundesrepublik Deutschland 2004“ verwiesen.

2. Wie hat sich die Zahl der Schülerinnen und Schüler, die in Deutschland eine Privatschule besuchen, seit 1990 entwickelt (bitte jeweils Angaben für die einzelnen Jahre und nach gemeinnützigen bzw. kommerziellen Schulträger aufschlüsseln)?

Die in Anlage 1 vorgelegte Übersicht des Statistischen Bundesamtes informiert differenziert nach Bundesländern für die Jahre 1992 bis 2005 über die Zahl der Schülerinnen und Schüler an privaten allgemein bildenden und beruflichen Schulen. Eine Unterscheidung nach gemeinnützigen bzw. kommerziellen Schulträgern liegt nicht vor. Für 1990 und 1991 werden keine Daten nachgewiesen, da bis zu diesem Zeitpunkt der Aufbau eines dem westlichen vergleichbaren Schulsystems in den neuen Ländern noch nicht abgeschlossen war.

3. a) Wie ist die soziale Zusammensetzung der Schülerinnen und Schüler, die eine Privatschule besuchen (bitte nach gemeinnützigen bzw. kommerziellen Schulträger aufschlüsseln)?

   b) Hält die Bundesregierung angesichts dieser Zahlen die Vorgabe des Grundgesetzes, dass eine Sonderung der Schülerinnen und Schüler nach den Besitzverhältnissen der Eltern nicht gefördert werden darf, für erfüllt (bitte mit Begründung)?

Die Fragen 3a und 3b werden zusammenfassend beantwortet: Der Bundesregierung liegen hierzu keine Informationen vor.

4. a) Wie hoch sind die Zuschüsse, die die einzelnen Bundesländern Privatschulen gewähren (bitte nach Bundesländern aufschlüsseln)?

Die in Anlage 2 vorgelegte Übersicht des Statistischen Bundesamtes informiert differenziert nach Bundesländern für die Jahre 1992 bis 2005 über Zuschüsse der Länder an private allgemein bildende und berufliche Schulen und Schulverwaltungen.

   b) Ist der Anteil der Schülerinnen und Schüler aus einkommensschwachen Haushalten an Privatschulen in den Bundesländern, die an Privatschulen höhere Zuschüsse gewähren als andere Bundesländer, signifikant höher?

Der Bundesregierung liegen hierzu keine Informationen vor.

5. Hält es die Bundesregierung mit den Vorgaben des Grundgesetzes, dass eine Sonderung der Schülerinnen und Schüler nach den Besitzverhältnissen der Eltern nicht gefördert werden darf, für vereinbar, dass Schulträger in einzelnen Bundesländern Privatschulen gründen, die auch kommerzielle Zwecke verfolgen und nach einer Rendite streben, wie beispielsweise die Phorms Management AG?

Die Bewertung, ob Schulen in freier Trägerschaft, die auch kommerzielle Zwecke verfolgen, den Vorgaben des Artikels 7 Abs. 4 GG gerecht werden, obliegt den Schulaufsichtsbehörden des jeweiligen Landes.

6. a) In welchen Bundesländern unterscheidet sich die wirtschaftliche und rechtliche Stellung der Lehrkräfte an Privatschulen von denen an staatlichen Schulen?

   b) Was sind jeweils die zentralen Unterschiede?

Die Fragen 6a und 6b werden zusammenfassend beantwortet: Die Zuständigkeit für Einstellung und Besoldung der Lehrerinnen und Lehrer liegt bei den Ländern. Informationen zu dieser Frage erteilt zuständigkeitshalber die Kultusministerkonferenz.

7. a) Plant die Bundesregierung eine Änderung des Artikels 7 Abs. 4 GG mit dem Ziel, Privatschulen generell auszuschließen bzw. zumindest klarere Vorgaben festzuschreiben?

   Falls nein, warum nicht?

   b) Plant die Bundesregierung eine Änderung des Artikels 7 Abs. 4 GG mit dem Ziel, kommerziellen Trägern die Einrichtung von Privatschulen generell nicht mehr zu gestatten?

   Falls nein, warum nicht?

Die Fragen 7a und 7b werden zusammenfassend beantwortet: Die Bundesregierung plant keine Änderung des Artikels 7 Abs. 4 GG. Die Ausführungen zu Artikel 7 Abs. 4 GG garantieren den Eltern in Verbindung mit Artikel 6 Abs. 2 GG ein Schulwahlrecht zu sozial verträglichen finanziellen Bedingungen. Die Einhaltung dieser Bedingungen sind durch die unterschiedlichen Verfahren der Länder zur Genehmigung von Schulen in freier Trägerschaft gewährleistet. Die Bundesregierung sieht keinen Anlass, diese Verfahren zu beanstanden.

8. Was sind die wesentlichen Unterschiede zum Verfahren der Genehmigung von Privatschulen und zur quantitativen Bedeutung der Privatschulen zwischen Deutschland und anderen EU-Staaten?

Wie bereits in der Antwort zu Frage 1 erläutert liegt nach dem Grundgesetz die Zuständigkeit für Schulen in öffentlicher und freier Trägerschaft (Privatschulen) allein bei den Ländern. Die gesetzlichen Verfahren der Genehmigung von Schulen in freier Trägerschaft unterscheiden sich deshalb von Land zu Land. Hinsichtlich des Anteils von Privatschulen am gesamten Schulwesen nimmt Deutschland im europäischen Vergleich einen hinteren Rangplatz ein.

Anlage 1

Schüler und Schülerinnen an privaten allgemeinbildenden und beruflichen Schulen 1992 bis 2005

- Anzahl -

Land	Jahr													
	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005
Deutschland insg.	574.049	591.928	612.054	629.496	651.918	674.228	696.063	719.334	738.894	761.387	788.228	820.504	848.207	872.755
dar. weiblich	319.775	331.248	346.493	361.305	377.420	391.330	404.978	418.596	429.055	440.592	454.542	472.650	487.079	498.792
Baden-Württemberg insgesamt	87.144	88.866	90.812	93.653	96.012	99.425	102.239	105.247	107.978	111.473	115.872	122.180	128.055	133.059
dar. weiblich	48.340	48.972	49.974	51.712	53.314	55.488	57.182	58.831	60.313	61.661	63.854	67.447	70.012	72.234
Bayern insgesamt	125.075	130.363	134.556	138.745	142.937	147.185	151.728	156.552	162.000	168.387	173.918	178.235	181.199	182.013
dar. weiblich	75.528	78.223	81.032	83.812	86.127	88.828	91.527	94.475	97.733	101.703	104.818	107.082	108.440	107.827
Berlin insgesamt	17.620	18.002	18.818	19.728	20.266	20.564	20.792	21.063	21.686	22.467	23.332	24.548	26.263	28.174
dar. weiblich	9.026	9.299	9.810	10.413	10.848	10.953	11.083	11.204	11.540	12.032	12.365	12.961	13.778	14.719
Brandenburg insgesamt	2.124	2.767	3.592	4.432	5.255	6.062	6.725	7.378	8.149	9.089	10.268	11.933	13.930	16.530
dar. weiblich	1.191	1.544	2.024	2.496	3.037	3.526	3.952	4.311	4.649	5.031	5.580	6.414	7.371	8.908
Bremen insgesamt	5.965	6.176	6.239	6.115	6.308	6.442	6.379	6.303	6.355	6.470	6.549	6.612	6.627	6.635
dar. weiblich	2.912	3.002	2.993	2.903	2.958	2.985	3.020	2.978	2.986	3.035	3.100	3.106	3.112	3.138
Hamburg insgesamt	14.970	15.301	15.475	15.350	15.408	15.540	15.722	15.866	16.238	16.532	16.928	17.602	18.131	19.020
dar. weiblich	7.602	7.692	7.706	7.613	7.703	7.808	7.939	8.062	8.211	8.380	8.527	8.850	9.113	9.519
Hessen insgesamt	35.129	35.540	35.979	36.001	35.908	36.742	37.958	38.784	39.413	39.888	40.447	41.232	42.077	43.447
dar. weiblich	20.363	20.674	20.778	20.931	21.224	21.675	22.340	22.788	23.007	23.279	23.570	23.917	24.319	25.028
Mecklenburg-Vorpommern insgesamt	1.866	2.244	2.223	2.565	3.029	3.908	4.869	5.919	6.597	7.189	8.691	9.652	10.507	11.502
dar. weiblich	1.032	1.217	1.151	1.433	1.715	2.255	2.748	3.421	3.882	4.173	5.038	5.583	6.126	6.722
Niedersachsen insgesamt	52.760	52.805	53.001	52.739	54.107	55.574	56.640	57.966	58.811	59.915	61.183	63.670	64.667	66.054
dar. weiblich	28.762	28.985	29.399	29.567	30.745	31.472	32.330	33.125	33.370	33.919	34.527	35.749	36.268	36.814
Nordrhein-Westfalen insgesamt	164.164	165.478	167.348	169.373	173.773	178.172	182.174	185.323	186.992	189.107	192.523	196.786	200.041	203.264
dar. weiblich	88.289	90.119	92.633	95.269	98.189	101.094	103.420	105.273	106.066	107.423	109.371	111.845	113.606	115.138
Rheinland-PfalzP insgesamt	31.195	32.428	33.220	33.759	34.666	35.120	35.381	35.718	35.684	36.214	36.906	37.332	38.209	38.812
dar. weiblich	19.481	20.426	21.014	21.535	22.338	22.666	22.716	22.697	22.677	22.828	23.032	23.254	23.832	24.059
Saarland insgesamt	11.909	11.709	11.148	10.692	10.374	10.383	10.420	10.501	10.745	10.698	11.103	11.159	10.863	10.581
dar. weiblich	4.779	4.835	4.821	4.803	4.818	4.908	5.023	5.068	5.174	5.227	5.391	5.443	5.384	5.416
Sachsen insgesamt	4.378	9.320	14.380	16.720	21.428	24.204	27.343	32.834	37.075	40.580	44.421	49.505	54.744	58.491
dar. weiblich	2.904	6.014	9.242	11.297	14.459	16.231	18.348	21.939	24.610	26.209	28.027	31.252	34.396	36.697
Sachsen-Anhalt insgesamt	2.936	3.506	5.335	6.592	7.872	8.914	10.370	11.054	11.353	12.268	13.521	15.554	17.564	19.096
dar. weiblich	1.695	2.066	3.584	4.625	5.572	6.239	7.335	7.788	7.812	8.217	8.954	10.281	11.395	12.269
Schleswig-Holstein insgesamt	14.540	14.393	14.123	14.233	13.700	13.850	13.646	14.156	14.177	14.290	14.410	14.499	14.116	14.142
dar. weiblich	6.472	6.406	6.537	6.703	6.678	6.799	6.739	6.971	6.992	6.932	7.046	7.093	6.883	6.936
Thüringen insgesamt	2.274	3.030	5.805	8.799	10.875	12.143	13.677	14.670	15.641	16.820	18.156	20.005	21.214	21.935
dar. weiblich	1.399	1.774	3.795	6.193	7.695	8.403	9.276	9.665	10.033	10.543	11.342	12.373	13.044	13.368

Quelle: Statistisches Bundesamt

Anlage 2

Zuschüsse der Länder für private allgemeinbildende und berufliche Schulen und Schulverwaltungen

- in 1 000 € -

Land	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004
Baden-Württemberg	298.879	316.343	332.225	362.942	379.997	369.070	381.330	396.333	433.616	453.716	591.994	628.474	672.042
Bayern	535.494	559.892	598.186	632.663	674.023	696.883	723.164	773.200	808.920	848.615	923.409	962.396	996.087
Brandenburg	13.266	18.150	21.154	28.877	31.144	34.143	35.043	38.089	41.425	44.920	53.894	60.944	67.206
Hessen	93.578	102.407	105.113	116.850	125.777	125.722	126.870	135.912	145.777	156.295	182.114	192.047	195.418
Mecklenburg-Vorpommern	8.250	8.541	9.705	12.086	12.506	14.363	23.361	21.220	22.974	29.349	27.734	32.270	35.624
Niedersachsen	141.255	145.704	147.809	162.513	162.521	161.556	166.385	173.779	180.317	191.352	191.902	205.246	215.445
Nordrhein-Westfalen	636.737	679.622	703.227	749.657	793.547	822.109	841.294	859.159	878.920	901.536	958.594	994.999	1.048.321
Rheinland-Pfalz	122.724	147.361	146.794	152.094	154.611	155.295	160.535	158.480	165.438	168.347	182.495	188.790	186.758
Saarland	28.319	28.302	28.659	31.226	30.990	34.255	37.576	38.455	40.307	64.997	66.414	44.880	70.676
Sachsen	9.836	17.696	32.316	39.660	46.608	58.615	79.267	93.136	110.025	135.415	155.093	161.747	188.343
Sachsen-Anhalt	14.574	12.172	11.051	12.914	15.511	17.547	23.641	28.688	28.835	33.399	42.069	46.157	50.372
Schleswig-Holstein	50.357	53.256	53.493	53.692	55.123	56.746	55.265	56.526	58.277	59.572	62.128	64.995	67.417
Thüringen	10.341	14.230	19.278	33.835	44.224	43.694	57.570	66.653	80.261	86.398	99.819	102.812	112.219
Berlin	55.865	63.888	67.721	74.050	79.483	79.460	83.335	84.045	92.930	97.431	129.099	131.819	128.354
Bremen	14.440	14.256	13.597	15.527	17.678	16.673	18.842	17.227	18.486	21.940	26.067	29.866	31.202
Hamburg	46.247	50.425	53.023	54.251	57.312	58.405	59.852	67.120	68.062	69.937	72.095	77.884	83.205
Länder zusammen	**2.080.162**	**2.232.247**	**2.343.352**	**2.532.837**	**2.681.055**	**2.744.537**	**2.873.331**	**3.008.021**	**3.174.577**	**3.363.221**	**3.764.920**	**3.925.326**	**4.148.689**

Quelle: Statistisches Bundesamt (Jahresrechnungsstatistik der öffentlichen Haushalte)

Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Amsterdamer Str. 192, 50735 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Telefax (02 21) 97 66 83 44
ISSN 0722-8333